

MEDIENMITTEILUNG

2. Juni 2006

Enttäuschende Antwort des Bundesrates auf Motion Zisyadis Empfehlungen der Ethikkommission ignoriert

Der Bundesrat will keine Massnahmen ergreifen, um fragwürdige Kollektivverträge zwischen Krankenkassen und Vereinen zu verhindern, durch welche Krankenversicherten Leistungen wie für einen Schwangerschaftsabbruch vorenthalten werden. Ungeachtet der Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission, den freiwilligen Leistungsverzicht im Grundversicherungsbereich auszuschliessen, hat der Bundesrat die Motion „Keine Rabatte auf Krankenkassenprämien bei Verzicht auf Abtreibung“ zur Ablehnung empfohlen.

Das Thema hatte im März für Schlagzeilen gesorgt, als bekannt wurde, dass die radikalen Organisationen **SHMK** (Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind) sowie **Prolife** mit mehreren Krankenkassen fragwürdige Kollektivverträge abgeschlossen hatten. So erhalten Versicherte Prämienrabatte auf die Krankenversicherung, wenn sie gegenüber den erwähnten Organisationen in einer so genannten „**ethischen Verzichtserklärung**“ schriftlich auf Leistungen wie etwa für einen Schwangerschaftsabbruch oder pränatale Diagnostik verzichten.

PLANeS, die Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit, hatte diese Praxis öffentlich scharf kritisiert. Als Dachverband der Beratungsstellen für Familienplanung, Schwangerschaft, Sexualität und Sexualerziehung engagiert sich **PLANeS** dafür, dass alle Personen Zugang zu Leistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit haben. Solche Kollektivverträge untergraben hingegen dieses Ziel und führen dazu, dass Versicherten Leistungen vorenthalten werden, die ihnen eigentlich aufgrund des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung zustehen würden. Auch die **Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin** kritisierte diese Verträge, da sie das Solidaritätsprinzip der Krankenkassen gefährdeten und empfahl, den freiwilligen Leistungsverzicht im Grundversicherungsbereich auszuschliessen.

Dem entsprechende Massnahmen fordern Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit der im März von Nationalrat Josef Zisyadis eingereichten **Motion „Keine Rabatte auf Krankenkassenprämien bei Verzicht auf Abtreibung“**, die der Bundesrat am Mittwoch abgelehnt hat. An der **Antwort des Bundesrates** irritiert einerseits, dass er die **Empfehlung der Nationalen Ethikkommission völlig ausklammert**. Zum anderen reduziert er die Problematik auf die **SHMK**, der inzwischen drei von vier Krankenkassen infolge des öffentlichen Drucks die umstrittenen Verträge gekündigt haben. **Dass aber gleiche Verträge nach wie vor zwischen Prolife und SanSan/Helsana bestehen, ignoriert der Bundesrat** hingegen - dies, obwohl die Informationen hinreichend bekannt sind.

PLANeS ist enttäuscht über die nicht überzeugende Stellungnahme des Bundesrates. Die Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit wird sich dafür einsetzen, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier umfassender informiert werden, was sie hoffentlich davon zu überzeugen vermag, dass Massnahmen, wie sie die Motion Zisyadis fordert, ergriffen werden müssen, um solche eigennützige und unsolidarische Kollektivverträge zu unterbinden.

Attachments: →Stellungnahme des Bundesrates vom 24. Mai 2006

http://www.parlament.ch/afs/data/f/gesch/2006/f_gesch_20063060.htm

→Medienmitteilung der Nationalen Ethikkommission: « Ethische Verzichtserklärungen gefährden das Solidaritätsprinzip der Krankenversicherung »

<http://www.nek-cne.ch/>

Weitere Infos: susanne.rohner@plan-s.ch oder 078 881 63 96